

A8 Digitales

Gremium: Schreibgruppe

Beschlussdatum: 28.05.2020

Text

1 Die Digitalisierung bietet unschätzbare Chancen in allen Lebensbereichen, um
2 Menschen näher zusammenzubringen, Prozesse demokratischer und transparenter zu
3 gestalten, Verwaltung effizienter zu machen und Teilhabe zu stärken.
4 Digitalisierung ermöglicht auch neue Arbeitsplätze in ländlichen Räumen, die
5 bisher in größeren Städte zu finden waren. Gleichzeitig entsteht bei vielen
6 Menschen ein Gefühl der Entfremdung, des Abgehängt-Seins und der ständigen
7 Beobachtung immer weiterer Lebensbereiche durch Firmen und den Staat. Wir wollen
8 die Chancen nutzen und dabei die Rechte der Bürger*innen im digitalen Raum
9 verteidigen. Wir wollen die Begeisterung, mit der Neues ausprobiert wird,
10 fördern, wo immer es geht und gerade junge Menschen in die Lage versetzen, sich
11 selbstbestimmt mit Technik auseinanderzusetzen. Auswirkungen auf die
12 Gesellschaft werden wir weiterhin sehr genau im Blick behalten und eine breite
13 gesellschaftliche Debatte einfordern, bevor durch Politik oder Verwaltung Fakten
14 geschaffen werden, die schwer zurückzunehmen sind. Bei staatlichen Projekten
15 gilt für uns: Datenschutz, Wahrung der Privatsphäre und IT-Sicherheit sind nicht
16 optionale Anhängsel, sondern Vorbedingung, um überhaupt zu starten. Eine
17 bündnisgrüne Digitalisierung fördert nicht Monopole, Abhängigkeiten und
18 Bevormundung, sondern dient der Allgemeinheit und einem selbstbestimmten Leben.

19
20 1.1 Breitband, W-LAN und Mobilfunk - Wo gibt's denn hier Netz?

21
22 Ein Zugang zu schnellem Internet und Mobilfunk ist Voraussetzung für
23 gesellschaftliche Teilhabe im 21. Jahrhundert. Diese gleichberechtigte
24 betrachten wir als ein Grundrecht für alle Menschen. Mangelnde Internetanbindung
25 ist außerdem ein massiver Standortnachteil für Lebens-, Wohn- und
26 Wirtschaftsentscheidungen. Wir wollen das Internet als partizipatorisches Medium
27 erhalten und ausbauen. Dafür muss eine aktive Teilhabe auch technisch möglich
28 sein. Home-Office ist z.B. nur möglich, wenn die Firma den auswärtigen
29 Mitarbeiter*innen einen schnellen Zugang zum Firmennetz anbieten kann und die
30 Mitarbeiter*innen diesen schnellen Zugang beim Zugriff auf die Firmen-IT-Systeme
31 nutzen können. Daher wollen wir stark asymmetrische Verbindungsmodelle
32 (unterschiedliche Up- & Downloadgeschwindigkeiten) perspektivisch ablösen und
33 setzen uns auf allen Ebenen für eine Stärkung der Netzneutralität ein. Aus all
34 diesen Gründen setzen wir uns für einen zügigen und zukunftsfähigen Ausbau von
35 Glasfasernetzen bis in die Gebäude ein (Fibre to the home - FTTH). Dabei sollte
36 das ganze Land durch den weiteren Ausbau eines schnellen Internets profitieren.

37 Wir fordern:

- 38 • Einstufung Breitbandanschluss als Universaldienst
- 39 • Förderung kommunaler Internetinfrastruktur z.B. Stadtwerke
- 40 • Ausbau von 5G bis ins letzte Dorf (Kooperationsgebot der Provider)
- 41 • Bei zukünftigen Frequenzversteigerungen muss die Flächenverfügbarkeit
- 42 vorgeschrieben werden, nicht nur die Haushalte
- 43 • Ausstattung ÖPNV und Landeseigener Gebäude mit freien W-Lan
- 44 • Unterstützung von Initiativen der Zivilgesellschaft wie z:B Freifunk

45
46 1.2 Datenschutz ist Grundrechtsschutz!

47
48 Das Grundrecht auf Privatsphäre gerät durch staatliche Stellen und private
49 Akteure unter immer stärkeren Druck. Wir sehen Datenschutz als zentralen
50 Bestandteil einer freien und sicheren Gesellschaft. Wir werden uns auf
51 Landesebene dafür einsetzen, dass Umsetzungsspielräume der Datenschutz-
52 Grundverordnung (DSGVO) dazu genutzt werden, den Datenschutz zu stärken. Die
53 Landesregierung hat eine effektive Durchsetzung des Datenschutzrechts gegenüber
54 Behörden verhindert. Bisher sind Geldbußen gegenüber öffentliche Stellen
55 ausgeschlossen. Das wollen wir ändern. Gerade bei Behörden müssen sich die
56 Bürger*Innen darauf verlassen können, dass mit ihren Daten ordentlich umgegangen
57 wird. Um die tatsächliche Durchsetzung der geltenden Regeln zu sichern, wollen
58 wir außerdem die Stellung der Landesbeauftragten für den Datenschutz erheblich
59 stärken. Wir wollen die Stelle der Landesbeauftragten entsprechend der
60 gesetzlich vorgeschriebenen Unabhängigkeit als oberste Landesbehörde einrichten.
61 Weiterhin wollen wir festschreiben, dass diese Stelle in einem transparenten
62 Prozess besetzt wird, wie es auch in der DSGVO vorgesehen ist. Außerdem müssen
63 Bildungs-, Beratungs- und Prüftätigkeiten der Datenschutzbeauftragten
64 entsprechend des gesetzlichen Auftrags auch personell möglich sein. Den immer
65 übergreifenderen Bestrebungen nach verdachtsunabhängiger Massenüberwachung durch
66 Sicherheitsbehörden sowie Datensammelwut durch Unternehmen stellen wir uns
67 entschieden entgegen. Whistleblower, die die Gesellschaft auf wichtige
68 Missstände hinweisen, wollen wir bestmöglich vor Repressionen schützen.

69
70
71 1.3 Verwaltung digitalisieren – Downloaden statt anstehen

72
73 Die Digitalisierung von Behördendienstleistungen kann Zeit, Geld und Stress für
74 Bürger*Innen und Wirtschaft sowie die Verwaltung selbst sparen. Gerade im
75 Flächenland Mecklenburg-Vorpommern ist ein einfacher Online-Zugang zur
76 Verwaltung auch eine Frage der Teilhabe, da lange Wege und beschränkte
77 Öffnungszeiten eine ernsthafte Hürde darstellen können. Außerdem kann durch eine
78 sinnvolle Digitalisierung die Transparenz von Verwaltungshandeln deutlich
79 steigen. Wir wollen E-Government unter Beachtung der Grundsätze Datenschutz, IT-
80 Sicherheit, Bürger*innenfreundlichkeit und Barrierefreiheit deutlich nach vorne

81 bringen. Um niemand auszuschließen, muss jede Behördendienstleistung auf
82 absehbare Zeit auch analog vor Ort angeboten werden.

83 Wir fordern:

- 84 • Alle Verantwortungsbereiche der Digitalisierung in einem Ministerium
85 bündeln
- 86 • Zusammen mit neuen Digitalen Leistungen auch Prozesse und Strukturen in
87 Verwaltungen reformieren
- 88 • Reform des E-Government-Gesetzes
- 89 • Ausbau von IT-Know-How in Behörden
- 90 • Sozial- und Umweltstandards für Beschaffung von IT Hard- und Software
- 91 • Standards für Datenschutz, IT-Sicherheit und Schnittstellen für offenen
92 datenaustausch
- 93 • Open Data Prinzip für Behörden – Öffentliche Informationen öffentlich
94 Zugänglich machen
- 95 • Aus Steuergeldern finanzierte Software unter Open Source veröffentlichen
- 96 • Eine durchgehende Ende-zu-Ende-Verschlüsselung zwischen Behörden

97

98

99

100 1.5 Schulen der Zukunft

101

102 Unsere Schule muss zu einer Schule werden, die mit den Herausforderungen und
103 Chancen unserer vielfältigen Gesellschaft umgehen kann. Wir wollen die jungen
104 Leute gut auf das digitale Zeitalter vorbereiten. Sie sollen souverän und
105 verantwortungsvoll mit digitalen Medien umgehen können und Informationen
106 einordnen und bewerten können. Dafür wollen wir die Lehrkräfte mit
107 Fortbildungsangeboten unterstützen. Die Schulen erhalten eine zeitgemäße,
108 digitale Ausstattung und leistungsfähige Internetanbindung sowie das
109 Fachpersonal für die Wartung und Betreuung dieser Ausstattung. Wir setzen uns
110 für gleichhohe Standards bei der IT-Ausstattung aller Schulen im Land ein.

111 Wir fordern:

- 112 • mehr und klare Leitlinien vom Land definiert werden für die Nutzung von
113 digitalen Angeboten
- 114 • Erwerb von Medienkompetenz wird Pflicht für Schüler*innen sowie
115 Lehrer*innen
- 116 • Reform der Aus- und Weiterbildung von Lehrer*innen
- 117 • Genügend digitale Endgeräte für finanzschwache Schüler
- 118 • Vielfalt der Software (z.B. open Source) vermitteln
- 119 • E-Sport als Gemeinnützig anerkennen und fördern
- 120 • Schulen muss Datenschutzfreundliche Lernplattform und Chatsoftware
121 bereitgestellt werden
- 122 • Digitalen Fernunterricht auch zukünftig anbieten

123

124 Projekt IT-Kaufhaus des Landes

125 Wir möchten ein IT-Kaufhaus des Landes eröffnen. Dies soll eine zentrale
126 Beschaffung für IT- Soft- und Hardware sein. Soft- und Hardware kann so zentral
127 ausgeschrieben und in großer Stückzahl eingekauft werden. Dies führt zu einer
128 schnelleren Ausrüstung der Schulen, geringeren Kosten und entlastet die
129 Schulträger bei der komplizierten Ausschreibung und Beantragung 4von IT Soft-
130 und Hardware.

131 Medienpolitik

132 Meinungsbildung und Teilhabe über freie Medien ist eine Grundlage unserer
133 Demokratie. Wir setzen uns für ein offenes Internet und eine vielfältige
134 Medienlandschaft für alle Menschen in Mecklenburg-Vorpommern ein – von der
135 Weiterentwicklung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks über die Stärkung der
136 nicht-kommerziellen BürgerInnenmedien bis hin zu einem wirkungsvollen und
137 verhältnismäßigem Kinder- und Jugendmedienschutz. Wir BÜNDNISGRÜNEN stehen zum
138 öffentlich-rechtlichen Rundfunk und seiner vom Staat unabhängigen Finanzierung
139 durch Rundfunkbeiträge.

140 Wir fordern:

- 141 • Die Rundfunkbeiträge aus M-V betragen etwa 12 % des NDR-Finanz-Etats,
142 einen entsprechenden Anteil seiner Ausgaben sollte er in M-V leisten
- 143 • NDR und Deutschlandfunk müssen in allen Landesteilen im Haus empfangen
144 werden können
- 145 • An der Landesgrenze zu Brandenburg soll durch Kooperation mit dem RBB eine
146 länderübergreifende Berichterstattung organisiert werden
- 147 • Die unabhängigen, nichtkommerziellen Radiosender (z.B. Campusradios, Radio
148 LOHRO) sollen weiter unterstützt werden
- 149 • Die offenen Kanäle müssen weiterhin durch die Landesrundfunkanstalt
150 finanziert werden
- 151 • Auf eine Abschaltung der UKW-Ausstrahlung in den nächsten 10 Jahren zu
152 verzichten, da Millionen von Geräten noch in Betrieb sind
- 153 • Die Filmförderung in MV erhöhen und dabei nicht nur bekannte Serien
154 sondern auch junge Filmemacher/innen fördern

155 **Digitale Wirtschaft: Modernisierung unter fairen** 156 **Bedingungen**

157 Ob bei der Energiewende, der Mobilität oder im Gesundheitsbereich: Wir wollen
158 faire Rahmenbedingungen für Wettbewerb, innovationsfreundliche Märkte und kein
159 Unterlaufen von Arbeits- und Sozialstandards. Große Internetkonzerne wie Google,
160 Facebook, Amazon und Co. verändern die Art und Weise, wie wir leben und wie
161 unsere Wirtschaft funktioniert, rapide. Solche Digitalunternehmen brauchen wir
162 auch in Mecklenburg-Vorpommern und müssen daher Start Ups besser fördern und
163 bestehende Unternehmen besser auf den Digitalen Wandel vorbereiten.

164 Wir fordern:

- 165 • Das Recht auf Home Office und Schutz vor Ausbeutung wie ständiger
166 Verfügbarkeit von Arbeitnehmern
- 167 • Vagniskapital Fond für die Förderung von Start-Ups
- 168 • Unternehmen bei digitalen Herausforderungen unterstützen durch
169 Investitionsförderung und Weiterbildungsangebote
- 170 • Digitalisierung in den Ausbildungsberufen stärker integrieren